



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



**Parlamentarische Enquete gegen Ärztemangel: Land fördert
Gründung und Übernahme von Ordinationen** S. 7

**Einigung bei Pflege-
regress:** Bund zahlt Län-
dern und Gemeinden 340
Millionen Kostenersatz
Seite 3

**GVV Präsident Erich
Trummer und sein Team
wünschen einen schönen
und erholsamen Sommer!**

**Intelligente Stromzäh-
ler:** Netz Burgenland und
Bürgermeister machen
Gemeinden „smart“
Seite 9

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

Kostenverschiebung hin zu den Gemeinden bekämpfen!

Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!

Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bundesregierung hat im vorliegenden Bundesbudget eine Reihe von Kostenverschiebungen zulasten der Gemeinden geplant! Der GVV Burgenland hat frühzeitig darauf hingewiesen und bei der Landeskonzferenz im März in Raiding einstimmig einen Leitantrag beschlossen, der diese Kostenverschiebung vehement ablehnt.

Beispiel 1: Mit Unterstützung der Länder und unseres Landeshauptmannes Hans Niessl ist es zumindest gelungen, dass die Mehrkosten durch die Abschaffung des Pflegeregresses nun doch durch den „Besteller Bund“ auch bezahlt werden. Das ist ein wichtiger, voller Erfolg für die Länder und Gemeinden, denn auch die burgenländischen Gemeinden hätten für zig Millionen Euro jährlich aufkommen sollen, wenn es nach den ursprünglichen Plänen der Bundesregierung gegangen wäre.

Beispiel 2: Die Bundesregierung plant auch die Notstandshilfe in die Mindestsicherung überzuführen. Das ist ein sozialpolitischer Skandal, weil dann die Bedürftigsten in unserer Wohlstandsgesellschaft auch noch ihr letztes Hab und Gut verlieren! Das ist aber auch ein weiterer Versuch, die Kosten vom Bund (Anm: Notstandshilfe bezahlt der Bund) auf die Länder und Gemeinden (Mindestsicherung zahlen jeweils zur Hälfte die Länder und Gemeinden) abzuwälzen. Auch hier geht es um zig Millionen!

Beispiel 3: Bei der Kinderbetreuung und bei der Bundesfinanzierung der SchulpädagogInnen will die Bundesregierung ihre Verantwortung auf Länder und Gemeinden abschieben. Gleich drei Regelungen, mit denen der Bund seit 2014 Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung mitfinanziert, drohen mit heurigem Jahr ersatzlos auszulaufen, was den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung behindern und zusätzliche Kosten in Millionenhöhe für die Kommunen bedeuten würde.

Landeshauptmann Hans Niessl will deshalb, in Absprache mit mir, diese Bundesvorhaben im Rahmen der nächsten Landeshauptleuterkonferenz als Vorsitzender zum Thema machen, damit ein gemeinsames Auftreten gegen diese offenbar geplante Kostenverschiebung erzielt werden kann.

Die Bundesregierung will offensichtlich den Finanzausgleich durch die Hintertür wieder aufschnüren. Was bleibt, ist eine Verunsicherung in den Kommunen und bei den Menschen und, vor allem, ein drohender finanzieller Kahlschlag des ländlichen Raumes! Wir wollen, dass die Mehreinnahmen des Bundes durch die gute Konjunktur endlich auch bei den Menschen und bei den Kommunen ankommen. Jedenfalls müssen wir noch stärker zusammenrücken und mit vollem Einsatz auf allen Ebenen dafür kämpfen!

Darum bitte ich Euch und wünsche Euch, in den Sommermonaten viel Kraft dafür zu tanken!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



Die Finanzierung der Pflege bringt die Gemeinden an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit

Foto: zVg

Pflegeregress: Einigung auf 340 Millionen Euro Kostenersatz

Bund, Länder und Gemeinden einigen sich bei der Abgeltung der Kosten, die durch die Abschaffung des Pflegeregresses entstanden sind!

Am 18. Mai 2018 gab es die lang ersehnte Verhandlungslösung, nachdem die Länder ihre Forderungen für die Abgeltung der Mehrkosten nach der Abschaffung des Pflegeregresses allein für 2018 mit 466 Millionen Euro beziffert haben, konnten sich diese mit dem Finanzminister bei der Landeshauptleutekonferenz auf eine Refundierung von maximal 340 Millionen Euro einigen. Allerdings handelt es sich bei den 340 Millionen Euro um einen Höchstwert, wie auch der Finanzminister immer wieder betont.

GVV Präsident Erich Trummer begrüßt den Kompromiss, bleibt aber vorsichtig: „Diese Einigung ist nur ein erster Schritt. Wir brauchen weiterhin eine nachhaltige Finanzierung der Pflege. Ob wir mit dem ausverhandeltem Geld auskommen werden, wird sich in den kommenden Jahren zeigen!“

Der Bund übernimmt neben den budgetierten 100 Millionen Euro ab 2018 in den

Folgejahren weitere 30 Millionen Euro an Fixkosten und variable Kosten für den zu erwartenden Rückgang an Selbstzahlern in der Höhe von maximal 209 Millionen Euro. Die durch die Regressabschaffung entfallenden Einnahmen von Menschen mit Behinderung werden, vom Bund mit insgesamt 131 Millionen Euro beziffert, voll ausgeglichen. Am Ende wird der Bund nur jene Summe überweisen, die die Länder und Gemeinden tatsächlich aufgrund der Abschaffung des Pflegeregresses mehr ausgeben mussten. Gedeckelt ist der Betrag bei 340 Millionen Euro.

Diskutiert wurde bei der Landeshauptleutekonferenz außerdem auch der Artikel 12 der Bundesverfassung, der die gemischte Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern regelt. Konkret fallen unter Artikel 12 etwa das Armenwesen (damit auch die Mindestsicherung), der Spitalsbereich und das Elektrizitätswesen. Einig wurde man sich nur, dass der Artikel 12 abgeschafft werden muss. Wie die Kompetenzen künftig aufgeteilt werden soll bis Jahresende in einer Arbeitsgruppe, die aus vier Ländervertreter/innen und vier Vertreter/innen des Bundes besteht, verhandelt werden.

www.gvvgld.at

Bundesrat: Inge Posch-Gruska wird Präsidentin

Die Hirmer Bürgermeisterin und GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska ist derzeit Fraktionsführerin der SPÖ im Bundesrat. Sie wird diese Funktion bis Ende Juni 2018 ausüben und dann, ab 1. Juli, gleichzeitig mit dem Vorsitz des Burgenlandes in der LH Konferenz, im zweiten Halbjahr 2018 Bundesratspräsidentin werden. Posch Gruska, Jahrgang 1962, hatte bereits viele politische Funktionen inne. Seit 2007 ist sie Bürgermeisterin von Hirm im Bezirk Mattersburg, seit 2003 Landesvorsitzende der Kinderfreunde Burgenland, vom 25. Oktober 2005 bis 24. Juni 2010 war sie Mitglied des burgenländischen Landtages und seit Juni 2010 ist Posch Gruska Mitglied des Bundesrates. Für den GVV Burgenland ist sie seit 2013 als Vizepräsidentin tätig. Posch-Gruska wird damit als protokollarische Nummer 4 in der Republik auch im September am Österreichischen Gemeindetag in Vorarlberg teilnehmen. Landeshauptmann Hans Niessl aus dem Burgenland wird mit 1.7. den Vorsitz in der LH Konferenz übernehmen. Gleichzeitig hat Österreich in diesem zweiten Halbjahr 2018 den EU Vorsitz inne.



GVV Vizepräsidentin Bgm.in BR Inge Posch-Gruska Foto: Parlamentsdirektion/Wilke

QR Code GVV



Zur Sache!

Mag. Herbert Marhold
GF GVV Burgenland

Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!

Der Sommer kommt und damit auch die schöne Zeit im Freien und vor allem im Freibad. Viele Gemeinden treten heute als WLAN-Anbieter auf, ob im Schwimmbad, auf öffentlichen Plätzen oder in Veranstaltungszentren. Dabei sind die rechtlichen Aspekte nicht immer eindeutig. Wichtig ist, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Der Anbieter eines offenen WLANs ist grundsätzlich nicht für die Inhalte verantwortlich, wenn er weder auf die Übermittlung, noch auf den Empfang der vom Nutzer stammenden Informationen Einfluss nimmt und auch nicht die Informationen auswählt. ABER: Wird er in Kenntnis gesetzt, dass von seinem Anschluss aus Rechtsverletzungen begangen werden, entsteht eine Mitverantwortung, nämlich dann, wenn der Betreiber nicht Maßnahmen ergreift, die weitere Rechtsverletzungen verhindern. Und hier ist auch für die Gemeinden Vorsicht geboten! Der WLAN-Anbieter muss von der Rechtsverletzung, die über seinen Dienst erfolgt ist, wissen und sie zumindest billigend in Kauf nehmen, das heißt, dass der Betreiber erst ab dem Zeitpunkt mithaftet, sobald ihm mitgeteilt wurde, dass über sein WLAN Rechtsverletzungen begangen werden. Erst dann muss der Betreiber Maßnahmen setzen, wie die Sperre des WLANs oder den Ausschluss einzelner User.

Strafrechtlich kann dann unangenehm werden, wenn ein Nutzer des Netzwerks zum Beispiel jemandem gefährlich droht, beleidigt oder gar verhetzt, da die erste Ermittlungsadresse für die Strafverfolgungsbehörden meist die IP-Adresse, also jene des WLAN-Betreibers, ist. In einem solchen Fall ist es ratsam mit den Behörden zu kooperieren und die Informationen zum WLAN offenzulegen. Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die Betreiber von WLAN-Hotspots nicht automatisch für die Rechtsverletzungen Dritter haften, die innerhalb des von ihnen betriebenen Netzkes begangen werden. Allerdings müssen sie im Zweifelsfalle selbst nachweisen, die Handlungen nicht begangen zu haben, da sie nach außen zunächst als Verantwortliche für die IP Adresse auftreten. Ab dem Moment, in dem der Betreiber eines WLAN Netzkes jedoch Kenntnis von drohenden Straftaten oder der Wiederholung bereits begangener Taten erlangt, trifft ihn eine Abwendungspflicht. Daher empfiehlt es sich für alle Gemeinden, im eigenen Interesse, dass der Zugang zu einem öffentlichen WLAN daher erst nach einer Registrierung möglich wird.

In diesem Sinne möchte ich allen einen schönen Sommer und erholsame Tage wünschen!

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Herbert Marhold
Geschäftsführer GVV Burgenland



Warnen vor einer massiven Kostenverschiebung zu Lasten der Gemeinden und des ländlichen Raumes: GVV Burgenland Präsident Erich Trummer und NR Erwin Preiner erinnern an den einstimmig beschlossenen Antrag zur finanziellen Absicherung der Gemeinden

Foto: GVV

Bundesbudget: GVV warnt vor einer massiven Belastung der Gemeinden

GVV Präsident Erich Trummer und Nationalrat Erwin Preiner fordern, dass die finanzielle Zukunft der Gemeinden gesichert werden muss! Anlass zur Sorge gibt, trotz Einigung bei der Abgeltung der Kosten, die durch die Abschaffung des Pflegeregresses entstehen, das Bundesbudget. „Der bei der Landeskonferenz des GVV Burgenland von 302 Delegierten einstimmig beschlossene Antrag zur finanziellen Absicherung der Gemeinden ist nach wie vor von höchst brisanter Aktualität. Unsere Befürchtung, dass die schwarz-blaue Bundesregierung eine massive Kostenverschiebung zu den Ländern und Gemeinden beabsichtigt, besteht nach wie vor“, so Trummer und Preiner unisono.

Zwar seien die Überlegung der Kurz-ÖVP zur Wiedereinführung des Pflegeregresses – und damit das „Hinausstehlen“ aus der finanziellen Verantwortung – vom Tisch. Eine Wiedereinführung des Pflegeregresses wäre ein ein Hohn gewesen, wenn der Bund gleichzeitig über eine halbe Milliarde Euro an Mehreinnahmen durch die gute Konjunkturlage erwartet, so Trummer.

Trummer warnt dennoch vor einer drohenden „finanzpolitische Geisterbahnfahrt“ des Bundes, bei dem, wie unter Schwarz-Blau I und II, alles dem Mantra Nulldefizit untergeordnet werde. Die Bundesregierung wolle, so Trummer, offensichtlich den Finanzausgleich durch die Hintertür wieder aufschneiden. Trummer: „Was bleibt, ist eine Verunsicherung in den Kommunen, den Menschen und, vor allem, ein drohender

finanzieller Kahlschlag des ländlichen Raumes!“

Grund für die Befürchtungen sind Maßnahmen des Bundes, die die Gemeinden einseitig treffen. Die vom Ministerrat beschlossenen Novellen zum Einkommenssteuergesetz (Familienbonus Plus) und zum Umsatzsteuergesetz sowie die beabsichtigte Senkung der Körperschaftssteuer werden den Gemeinden ihre Ertragsanteile aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben dramatisch schmälern. Auch die überlegte Überführung der Notstandshilfe in die Mindestsicherung ist, abgesehen von der bedenklichen Bestrafung der Schwächsten, mit einem Vermögenszugriff, eine bewusste Kostenverschiebung vom Bund zu den Ländern und Gemeinden. In Summe sind einigen hundert Millionen Euro weniger für Länder und Gemeinden zu befürchten. „Die schwarz-blaue Bundesregierung will offensichtlich den vertraglich vereinbarten Finanzausgleich aushebeln und die Bundesstaatsgesamtfinanzierung sowie den Stabilitätspakt in Frage stellen“, meint Trummer.

Dass das der falsche Weg ist, davon ist auch Nationalrat Erwin Preiner überzeugt: „Vielmehr sollte auch die Bevölkerung von der guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Wir wollen, dass die konjunkturbedingten Mehreinnahmen des Bundes endlich auch bei den Menschen im ländlichen Raum und bei den Kommunen ankommen!“ Diese würden einen fairen Anteil am Aufschwung redlich verdienen.

Tiefe Trauer um Bgm. Richard Loidl

Am 20. Mai 2018 verstarb der langjährige Bürgermeister von Grafenschachen, Richard Loidl, völlig überraschend im 69. Lebensjahr. Richard Loidl stand seit 1997 an der Spitze der Gemeinde Grafenschachen im Bezirk Oberwart und war einer der am längsten dienenden und beliebtesten Bürgermeister des Landes.

Tief betroffen zeigt sich auch GVV Präsident Erich Trummer: „Richard Loidl war nicht nur ein herausragender Sozialdemokrat und ein treuer und engagierten Mitstreiter, sondern auch ein hervorragender Bürgermeister, der es in seiner Gemeinde 5x nacheinander geschafft hat, gewählt zu werden. Zuletzt 2017 wieder mit über 80%!“.

Eine große Lücke hinterlässt Loidl nicht nur im GVV, sondern vor allem auch in Grafenschachen selbst. Er führte die Gemeinde vorbildlich und war auch stets im Bezirk Oberwart engagiert. Trummer: „Unsere Anteilnahme gilt natürlich zunächst seiner Familie, die diesen schweren Schicksalsschlag verarbeiten muss und der wir seitens des GVV viel Kraft wünschen, aber auch seinen vielen Freunden und Wegbegleitern, die jetzt seinen erfolgreichen Weg für Grafenschachen fortsetzen müssen!“

Erst am 6. März dieses Jahres verstarb der Vizebürgermeister von Grafenschachen, Ernst Michalek, überraschend nach kurzem Leiden im 49. Lebensjahr.

Die Nachwahl für das Bürgermeisteramt wird, aufgrund des rechtlich vorgegebenen Fristenlaufes, im September 2018 stattfinden. Bis dahin führt der neu gewählte Vizebürgermeister die Amtsgeschäfte.



Verstarb völlig überraschend: Bürgermeister Richard Loidl

Foto: Gemeinde Grafenschachen



Die Zertifikate wurden im Beisein vom Gemeinde- und Jugendreferentin LRin Mag. Astrid Eisenkopf, SJ Bundesvorsitzende Julia Herr und GVV Präsident Erich Trummer an die teilnehmenden Jugendlichen überreicht. Foto: GVV Burgenland

GMOA and more 2018: Schulung mit Verleihung der Zertifikate abgeschlossen!

GVV-Präsident Trummer: „Wir konnten gemeinsam mit dem RI Burgenland und der SJ Burgenland auch 2018 die Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland erfolgreich umsetzen!“

Politisches Handwerk will gelernt sein und ist schließlich die Grundvoraussetzung für zukunftssträchtige Gemeindepolitik. Aus diesem Grund haben sich der GVV Burgenland, das Renner Institut Burgenland und die Sozialistische Jugend (SJ) Burgenland dazu entschlossen, gemeinsam eine Akademie für junge GemeinderätInnen auf die Beine zu stellen! 16 Teilnehmer absol-

vierten erfolgreich die GMOA and more Akademie 2017/18. Ziel dieser Akademie ist es, junge Menschen bei der Entwicklung von fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen.

Nachdem sich diese Ausbildungsschiene für junge Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den letzten Jahren bewährt hat, wurde sie auch 2017/2018 fortgesetzt.

Trummer: „Vor allem nach Gemeinderatswahlen ist es wichtig, sofort wieder mit der Schulung des eigenen Nachwuchses in den Gemeinderäten zu beginnen. Wichtig ist es uns, den jungen KandidatInnen das richtige „Know-how“ mitzugeben. Daher waren auch viele Inhalte der heurigen Akademie speziell an die Anforderungen der JugendkandidatInnen angepasst.“

Auch der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander soll bei GMOA and more nicht zu kurz kommen. RI Burgenland

Leiterin Theresa Krenn: „Wir haben uns bemüht, ein gutes Gesamtpaket für unsere jungen NachwuchspolitikerInnen zu schnüren. Neben dem Erlernen von Inhalten sollte auch der Spaß und das Netzwerken untereinander im Mittelpunkt stehen.“

Die Zertifikatsverleihung und die Abschlussveranstaltung fanden Ende April wieder im Rahmen des Abschlussmoduls im MUBA in Neutal statt. Die Zertifikate wurden im Beisein vom Gemeinde- und Jugendreferentin LRin Mag. Astrid Eisenkopf, SJ Bundesvorsitzende Julia Herr und GVV Präsident Erich Trummer an die teilnehmenden Jugendlichen überreicht.





A.o. Univ.-Prof Dr. Thomas Szekeres war einer der geladenen Experten Fotos: LSM



Die burgenländische Landesregierung setzt wichtigen Impulse, um die flächendeckende allgemeinmedizinische Versorgung im Burgenland auch in Zukunft zu gewährleisten

Kampf gegen Ärztemangel: Land und Gemeinden fördern Ordinationsgründungen und -übernahmen

Das Land Burgenland will Vorreiter im Kampf gegen Ärztemangel in Österreich werden. Im Rahmen einer parlamentarischen Landtagsenquete zu diesem Thema Anfang Mai kündigte Gesundheits- und Soziallandesrat Mag. Norbert Darabos an, entsprechende Schritte zu setzen. Konkret wird das Land Burgenland die Gründung, beziehungsweise die Übernahme von Ordinationen durch AllgemeinmedizinerInnen mit bis zu 60.000 Euro fördern. Voraussetzung für die Landesförderung ist die Förderung der Gemeinde im gleichen Ausmaß! Der GVV Burgenland, der das Thema Ärztemangel im ländlichen Raum schon seit langem auf seiner Agenda hat, unterstützt diese Initiative des Landes.

„Wir setzen mit dieser Maßnahme einen weiteren wichtigen Impuls, um die flächendeckende allgemeinmedizinische Versorgung im Burgenland auch in Zukunft zu gewährleisten. Das Burgenland macht seine Hausaufgaben und steuert mit einem Burgenland-Paket für mehr Landärzte einem drohenden Medizinerangel entgegen!“, so Darabos. Budgetiert sind für das heurige Jahr 170.000 Euro, für 2019 sind 600.000 Euro vorgesehen.

Förderung ist an konkrete Bedingungen geknüpft

Auch die Gemeindevertreter wollen sich an dieser Initiative beteiligen, da sie erfolgversprechend konzipiert ist. Voraussetzung

für den Erhalt der Förderung ist eine abgeschlossene Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin, ein aufrechter Kassenvertrag für eine Planstelle im Burgenland und die Bereitschaft, die Tätigkeit als Arzt für Allgemeinmedizin im Burgenland mindestens fünf Jahre auszuüben!

Gefördert werden alle im Zusammenhang mit der Neugründung oder Übernahme einer bestehenden Kassenvertragsstelle notwendigen Maßnahmen wie beispielsweise Umbauten, Möblierung, technische Ausstattung oder Kosten der Errichtung notwendiger Verträge. Konkret besteht die Förderung aus einem Sockelbetrag von 20.000 Euro, der sich durch Zuschläge auf bis zu 60.000 Euro erhöhen kann (jeweils um 10.000 Euro).

Die Zuschläge erhält ein Förderwerber unter anderem, wenn die Planstelle für Allgemeinmedizin erst anlässlich der dritten Ausschreibung durch die Burgenländische Gebietskrankenkasse übernommen wird, wenn die Planstelle die Verpflichtung zur Führung einer Zweitordination beinhaltet oder wenn der Förderungswerber einen Werkvertrag als Gemeindevorsteher in der betreffenden Gemeinde vorweisen kann.

Die Förderkriterien wurden in Abstimmung mit der Burgenländischen Ärztekammer erstellt. Voraussetzung für die Landesförderung ist die Förderung der Gemeinde im gleichen Ausmaß!

Viele Maßnahmen gegen Ärztemangel bereits umgesetzt

Bereits umgesetzt wurde im Burgenland:

- Kostenlose Vorbereitungskurse für Uni-Aufnahmetests
- Stipendien für angehende Hausärzte,
- finanzielle Anreize für Turnusärzte sowie jüngst
- Akutordinationen in allen Bezirken.

Der GVV hat – auch im Rahmen seiner Vertretung im Österreichischen Gemeindebund – das Thema Ärztemangel im ländlichen Raum oft thematisiert und auch eine diesbezügliche Resolution mit einem konkreten Maßnahmenpaket bereits Anfang 2017 verabschiedet. Die Initiative des Landes sieht man im GVV sehr positiv und unterstützt dieses Vorhaben, um letztendlich die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten.



Aufmerksame Zuhörer: GVV Präsident Bgm. Erich Trummer und GVV Vizepräsidentin Bgm.in Renate Habetler

GVV Österreich lud zur Vorstandssitzung

Im Rahmen einer ordentlichen Vorstandssitzung des GVV Österreich Ende Mai dieses Jahres in der SPÖ Zentrale in Wien hatte der Vorstand auch den Bundesgeschäftsführer der SPÖ, Max Lercher, sowie den neuen Organisationschef der SPÖ, Günter Pirker, zu Gast. Pirker ist zugleich auch Landesgeschäftsführer des GVV Steiermark. Damit ist auch SPÖ intern gewährleistet, dass die Stimme der Städte und Gemeinden zukünftig in der SPÖ ein größeres Gewicht hat. Thematisch war die Vorstandssitzung geprägt von kommunalen Themen wie der Zusammenarbeit des GVV Österreich mit der SPÖ Fraktion im Österreichischen Gemeindebund sowie der groß angelegten Bürgermeister/innen Umfrage des GVV Österreich. Hier wurde eine Bedarfs- und Zufriedenheitsabfrage mit den wichtigsten Themen durchgeführt und analysiert. Die Ergebnisse dieser Umfrage sollen in die direkte Arbeit der GVV Landesverbände und der SPÖ einfließen. Ein weiterer Punkt war die große Kern-Tour (Stadt.Land.Zukunft.), bei der SPÖ-Vorsitzender Klubobmann Christian Kern alle Bundesländer mehrmals besuchen wird. Dabei wird es auch immer Gespräche mit Bürgermeister/innen und Kommunalvertretern der SPÖ im jeweiligen Bundesland geben. Auch ein Burgenländer ist in der SPÖ Bundesgeschäftsstelle an führender Stelle tätig. Der Neudorfener Gemeinderat Martin Giefing ist nun für die Organisation im GVV Österreich zuständig und damit direkter Ansprechpartner für die Landesverbände und die Städte und Gemeinden der SPÖ in der Bundesgeschäftsstelle.



GR Martin Giefing



Stellten die Kampagne 2018 im ORF Landestudio in Eisenstadt vor: ORF-Landesdirektor Werner Herics, DI Dr. Rüdiger Alexander Knaak, Baudirektion, Landesumweltanwalt DI Dr. Michael Graf, Straßenbaulandesrat Mag. Hans Peter Doskozil, BMV-Geschäftsführer Johann Janisch, GVV Präsident Bgm. Erich Trummer sowie GB Präsident Bgm. Leo Radakovits.

„Sei keine Dreckschleuder“

Die Initiative „Sei keine Dreckschleuder – Straßengräben sind keine Mülldeponie“ wird auch im Jahr 2018 fortgesetzt. Neben dem langjährigen Engagement der Projektpartner – Straßenbauabteilung des Landes Burgenland, Landesumweltanwaltschaft, Burgenländischer Müllverband und ORF Burgenland – wird die Aktion in diesem Jahr auch durch die Vertreter der burgenländischen Gemeinden, dem GVV Burgenland und dem Gemeindebund, unterstützt.

Ziel der Initiative ist es, das Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer zu schärfen und keinen Müll in den Straßengräben zu entsorgen. Sie soll auf die Problematik von achtlos weggeworfenem Müll, besonders entlang von Straßen, Güter- und Radwegen hinweisen. Denn neben den hohen Entsorgungs- und Reinigungskosten verunstaltet der Abfall die Landschaft und zieht negative Folgen für Mensch und Tier nach sich. Für Straßenbaulandesrat Mag. Hans Peter Doskozil ist klar: „Autofahrer, die Müll auf unsere Straßen werfen, gefährden unsere Sicherheit und die Umwelt. Bei der Entsorgung des Abfalls fallen hohe Kosten an, die wir einsparen könnten. Es freut mich besonders, dass dieses Jahr auch die Gemeinden bei dem Projekt mitwirken.“

GVV Präsident Erich Trummer: „Wir Gemeindevertreter unterstützen diese Aktion gerne, weil auch wir auf den Gemeindestraßen und vor allem auf den Güterwegen mit diesem Problem konfrontiert sind. Der Weg der Bewusstseinsbildung muss noch



Neues Logo für „Sei keine Dreckschleuder“

weiter in die Bevölkerung gestreut werden, denn je öfter eine Botschaft wahrgenommen wird, desto höher ist die Chance, dass Abfallvermeidung als Aufgabe erkannt wird. Das hilft der Umwelt und auch uns als Gemeinden, Kosten zu sparen, da wir diesen Müll ja einsammeln und ordentlich entsorgen müssen!“

In den vergangenen Jahren wurden durch die Müllvermeidungskampagne zahlreiche Akzente gesetzt. Es wurden mehrsprachige Hinweistafeln an den Grenzübergängen zu den Nachbarländern aufgestellt. Entlang der Hauptverkehrsrouen sowie der Radwege gehören diese Tafeln längst zum Straßenbild. Nun werden diese Tafeln auch entlang von ausgewählten Gemeindestraßen und Güterwegen zu sehen sein. Damit die Aufmerksamkeit im neunten Jahr der Aktion wieder erhöht wird, wurde ein neues Logo entworfen. Auch die Transparente, die zu Beginn der Aktion im Jahr 2010 aufgestellt wurden, und die Aufkleber auf den Fahrzeugen der burgenländischen Straßenverwaltung, werden sukzessive durch das neue Sujet ersetzt. Die Initiative „Sei keine Dreckschleuder“ wird in den zwei Aktionswochen – vom 18. bis 30. Juni mit Spots im Hörfunk- und TV-Programm des ORF Burgenland begleitet.

Netz Burgenland und Bürgermeister machen Gemeinden „smart“

Netz Burgenland hat aktuell rund 75.000 intelligente Stromzähler, sogenannte „Smart Meter“, im Burgenland eingebaut und in Betrieb. Somit wurden bereits mehr als ein Drittel aller burgenländischen Stromzähler ausgetauscht. Das Burgenland ist damit ein Vorreiter in Österreich.

Das Gesetz schreibt vor, dass 95% der österreichischen Stromzähler bis 2022 „smart“ sein müssen. Im Burgenland wird man diesen Prozentsatz bereits 2020 erreichen. Dabei wird von Süd nach Nord durchgetauscht. Die Bezirke Jennersdorf und Güssing sind bereits fertig, Oberwart fast fertig und jetzt beginnt man die Tauschaktion im Mittel- und Nordburgenland. Netz Burgenland kooperiert bei der Information der Kunden mit den heimischen Gemeinden und informierte die Bürgermeister im Vorfeld persönlich. Der GVV begrüßt die modernen Stromzähler und erwarten sich von ihnen Vorteile und Kosteneinsparungen für die Gemeinden und ihre Bewohner. GVV Präsident Erich Trummer: „Wir sehen hier viele Vorteile. Von der intelligenten Technik werden sowohl die Gemeinden als auch die Bürger und schlussendlich auch die Umwelt profitieren. Wer zeitnah Informationen über den Stromverbrauch hat, kann rasch reagieren und wenn einmal ein gesteigertes Energie-Bewusstsein vorhanden ist, wird man eher Chancen zur Optimierung suchen. Die Smart Meter mit den detaillierten Informationen im Web-Portal sind eine Basis dafür. Ich habe als Bürgermeister von Neutal mit Innovationen gute Erfahrungen gemacht – so haben wir etwa als Pilot-Gemeinde eine LED-Straßenbeleuchtung in Zusammenarbeit mit der Energie Burgenland Gruppe installiert und damit eine wichtige Effizienz-Maßnahme gesetzt.“

Der Smart Meter ist ein Eckpfeiler der Energiewende und Beitrag zum Klimaschutz. Die modernen Geräte weisen einen niedrigeren Strombedarf auf und helfen, Stromfressern auf die Spur zu kommen. Sie vereinfachen die Anbindung von Photovoltaikanlagen, Stromspeichern und Ladestationen für Elektroautos ans Stromnetz und fördern somit die Nutzung erneuerbarer Energien. Ziel ist es auch, den sauberen Windstrom, der im Norden unseres Landes erzeugt wird,



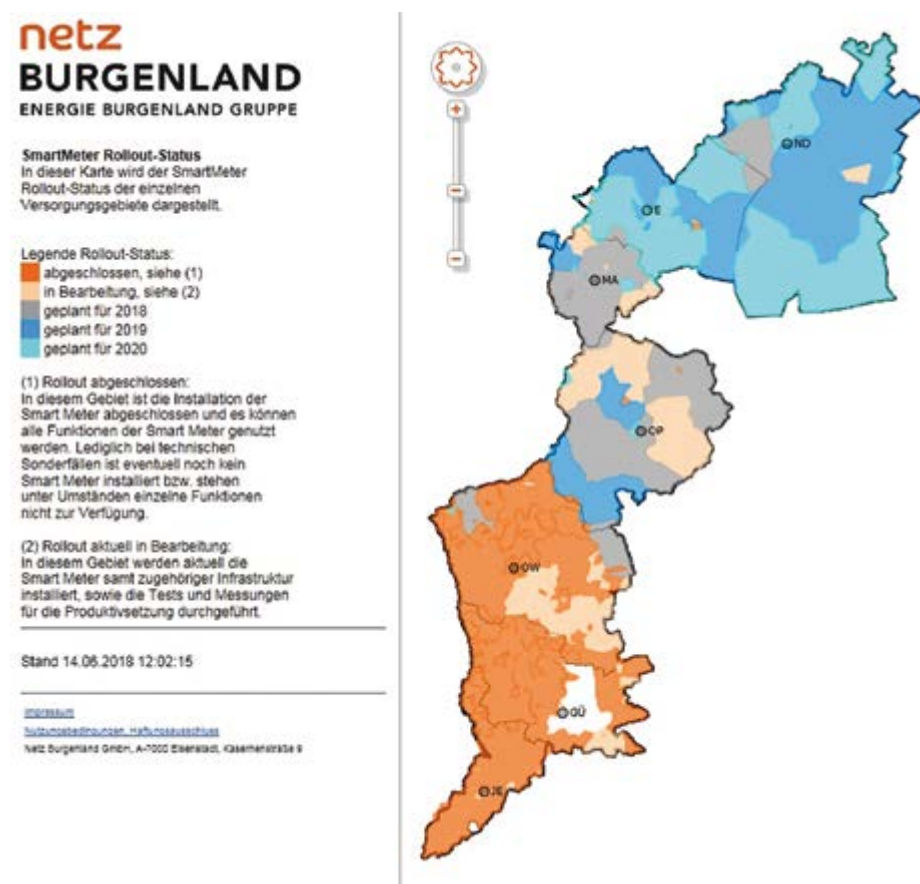
Mag. Johann Wachtler (Geschäftsführer Netz Burgenland), Bgm. Erich Trummer (Präsident GVV), Bgm. Leo Radakovits (Präsident Burgenländischer Gemeindebund) und Ing. Peter Sinowatz (Geschäftsführer Netz Burgenland) informierten über die Vorteile des Smart Meter.

Foto: GVV Burgenland

noch besser auszunutzen und möglichst viel überschüssigen Öko-Strom zu verbrauchen. Wenn nicht nur Zähler, sondern auch Netze und Häuser ‚smart‘ – also intelligent – sind, wird der Verbrauch steuerbar und dann wird der erzeugte Windstrom optimal genutzt. Nachdem es auch neue Tarife geben wird, die Energie bei Stromüberschuss günstiger

machen, profitiert auch der einzelne Kunde davon und das sind auch die Gemeinden des Landes.

Aktuelle Infos zu Smart Metern und dem Rollout-Status findet man unter www.netz-burgenland.at. Kundentelefon: 0800/888 9001.



Die Grafik zeigt den aktuellen Rollout-Status Foto: Netz Burgenland



GVV Präsident Erich Trummer bei der Bundesvorstandssitzung

Pflegeregress: Kosten zur Gänze abgelten

Bei der festlichen Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes in Wien wurde seitens der Gemeindevertreter auch eine Resolution verabschiedet, die sich unter anderem für die vollständige Abgeltung der Kosten aus der Abschaffung des Pflegeregresses ausspricht, eine rasche Reform der Grundsteuer fordert sowie die Forderung enthält, dass die Schwellenwerte für Direktvergaben weiter erhöht und endlich dauerhaft ins Gesetz aufgenommen werden. Der GVV hat sich in diese Debatte mit dem eigenen Leittrag, beschlossen auf der GVV Landesvorstandssitzung am 10.03.2018 in Raiding, eingebracht. Anwesend waren Delegierte aus allen 9 Bundesländern, die je nach Anzahl der Gemeinden aufgeteilt werden. Für den GVV Burgenland sind GVV Präsident Erich Trummer sowie Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska entsandt. Außerdem dabei GVV-Altpräsident Ernst Schmid.

SPÖ Sommertour18

Von Samstag, 14. Juli, bis Sonntag, 22. Juli 2018 findet die SPÖ Sommertour18 statt. Das Motto der traditionellen Tour lautet seit jeher: Reden. Zuhören. Umsetzen. „Wir binden die Burgenländerinnen und Burgenländer in unsere Politik mit ein. Dabei ist der Kontakt zu den Menschen das Um und Auf. Mit der traditionellen Sommertour wollen wir auch heuer wieder auf die Bevölkerung in allen Bezirken zugehen und ins Gespräch kommen“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Informationen unter <https://burgenland.spo.at/de/aktuell/spoe-sommertour-18.html>

Kommunalstammtische in den Bezirken Eisenstadt und Oberwart

Bürgermeisterstammtisch in Buchschachen, Bezirk Oberwart, mit Landesrat Hans-Peter Doskozil und im Bezirk Eisenstadt Umgebung in Neufeld mit Landesrätin Astrid Eisenkopf!

Der GVV will zukünftig in den Bezirken noch präsenter sein, und hat daher seine GVV Kommunalstammtische neu belebt. Einer der ersten GVV Kommunalstammtische neu fand Anfang Mai in Buchschachen im Bezirk Oberwart statt. GVV Vizepräsidentin und Bezirksvorsitzende Renate Habeltler lud zu diesem Stammtisch mit umfangreicher kommunaler Tagesordnung. Themen waren unter anderem der Breitbandausbau, Verbesserungen in der örtlichen Raumplanung, die Problematik der Verjährung bei der Grundsteuer, Personalentwicklung und eine Vorstellung des GVV Büros sowie der Gemeindeabteilung durch GVV LGF Mag. Herbert Marhold sowie der Leiterin der Gemeindeabteilung des Landes Mag. Brigitte Novosel. Ebenfalls anwesend war Ober-

warts SPÖ Bezirksvorsitzender Landesrat Mag. Hans-Peter Doskozil, der sich der Probleme und Nöte seiner Kommunalmandatarinnen und Kommunalmandatnehmerinnen und in vielen Bereichen konkrete Lösungen in Aussicht stellte.

Im Bezirk Eisenstadt Umgebung fand in Neufeld Anfang Juni ein Kommunalstammtisch statt. Unter der Leitung von GVV Bezirksvorsitzendem Bürgermeister Michael Lampel stand die neue Datenschutzgrundverordnung sowie Gemeindekooperationen mit dem Müllverband auf der Tagesordnung. Als Referent trat hier Johann Janisch vom BMV auf. Auch in Neufeld war die Bezirksvorsitzende EU und Gemeindefeferentin LRin Astrid Eisenkopf anwesend, was den hohen Stellenwert der Kommunalpolitik im Land unterstreicht. Die Kommunalstammtische sollen flächendeckend in allen Bezirken stattfinden, mindestens halbjährlich sowie nach konkretem Bedarf und ausschließlich kommunale Themen zum Inhalt haben.



Oben: Landesrätin Mag. Astrid Eisenkopf beim Stammtisch in Neufeld
Unten: In Buchschachen war Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil zu Gast





Trummer gratuliert wiedergewähltem Präsidenten Dworak des GVV Niederösterreich:

170 Delegierte stimmten bei der außerordentlichen Vollversammlung des NÖ GVV in der Ternitzer Stadthalle ab und dem Wahlvorschlag zur Neubestellung des Verbandspräsidiums mit großer Mehrheit zu. Auch Präsident Rupert Dworak, selbst Bürgermeister von Ternitz, wurde dabei mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Dworak ist auch Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und damit Fraktionsführer der SPÖ im Österreichischen Gemeindebund. Als Gäste konnte der NÖ GVV den Landeshauptfrau-Stellvertreter und SPÖ NÖ Landesparteivorsitzenden Franz Schnabl und Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, GVV Burgenland Präsident Erich Trummer sowie die GVV Landesgeschäftsführer aus dem Burgenland und der Steiermark begrüßen.

Foto: GVV Burgenland

Neues Feuerwehrgesetz kommt!

Derzeit wird der letzte Feinschliff am neuen Feuerwehrgesetz vorgenommen. Ende Juni wurden die Gemeindevertreter, GVV Burgenland, Städtebund Landesgruppe Burgenland sowie der Burgenländische Gemeindebund, zu einer Runde geladen. Das zuständige Regierungsmitglied, LHStv. Johann Tschürtz, strebt ja das „modernste Feuerwehrgesetz“ Österreichs an. Inhaltlich sollen einige Neuerungen kommen, wie etwa, dass die Dauer des Aktivstandes erhöht werden soll, die Dezentralisierung einzelner Aus- und Fortbildungen oder die Bestellung der Brandschutzwache, bei der das Mindestalter von 18 Jahren gesenkt werden könnte sowie die Demokratisierung der Wahlen. Die Gemeindevertreter werden sich die entsprechenden Neuerungen genau ansehen und alle Details prüfen, damit gewährleistet ist, dass die Kommunen dies auch finanzieren können. Auch die Sanierung des Landesfeuerwehrekommandos Burgenland steht an. Auch hier wird es laufend Verhandlungen mit den Gemeindevertretern, dem Landesfeuerwehrekommando und dem Land geben, um dies finanziell ausgewogen bewerkstelligen zu können.

Smart Meter: Bequem, sparsam und modern

Entgeltliche Einschaltung

Wichtiger Beitrag zur Energiewende: Bis Ende 2022 müssen 95% der österreichischen Haushalte mit digitalen Messgeräten ausgestattet werden. Im Burgenland sind bereits mehr als 75.000 installiert. Die Erfahrungen sind größtenteils sehr positiv.

Netz Burgenland hilft mit, das Land energieeffizienter zu machen. Ein wichtiger Schritt ist die Umstellung auf moderne Messgeräte. Netz Burgenland ist gesetzlich verpflichtet, die Ferraris-Zähler durch digitale Stromzähler, so genannte Smart Meter, zu ersetzen. Durch Installation und Einsatz der neuen Technologie entstehen den Kunden viele Vorteile, aber keine gesonderten Kosten.



Smart Meter sind bequem: Der aktuelle Zählerstand wird automatisch übertragen, Kunden müssen zum Ablesetermin nicht mehr zu Hause sein. Ist ein Umzug geplant, wird für die Rechnung der stichtaggenaue Verbrauch heran gezogen.

Smart Meter sind modern: Sie ermöglichen zukunftsrichtige Gebäudekonzepte wie Home-Automation, sind Eckpfeiler der Energiewende und wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Intelligente Zähler vereinfachen und fördern die Anbindung von Photovoltaikanlagen ans Stromnetz. Damit kann mehr Strom aus erneuerbarer Energie den Verbrauch abdecken.

Smart Meter sind sparsam: Die neuen Smart Meter verbrauchen weniger Strom als die alten Ferraris-Zähler und ermöglichen Verbrauchern ihren eigenen Stromverbrauch täglich zu kontrollieren und ihr Nutzverhalten danach zu optimieren. So kommt man „Stromfressern“ rasch auf die Spur. Sie sind Basis für Energieberatungen und für neue, flexible Tarifmodelle.

Höchste Sicherheit: Die Einzel-Codierung der Geräte entspricht dem höchstmöglichen Sicherheitsstandard, vergleichbar mit dem Niveau von Banktransaktionen. Der Zähler übermittelt verschlüsselt einmal täglich den aktuellen Zählerstand, persönliche Daten wie Name und Adresse werden nicht übertragen. Smart Meter erfassen lediglich den Gesamtstromverbrauch, nicht jedoch den Verbrauch einzelner Geräte.

Minimale Felder: Die verursachten elektromagnetischen Felder liegen deutlich unter jenen der herkömmlichen Ferraris-Zähler und betragen weniger als 1% der zulässigen Grenzwerte. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung oder Gefährdung von Personen durch Datenübertragungen über das Stromnetz kann daher ausgeschlossen werden.

Weitere Informationen zum Smart Meter Infos gibt es unter www.netzburgenland.at, unter der kostenlosen Netzhotline **0800/ 888 9001** oder per E-Mail an info@netzburgenland.at.

GMOA and more: Im Herbst startet der 5. Lehrgang

Die GMOA and more Akademie – die Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland – startet im Herbst 2018 den 5. Lehrgang. Das Angebot richtet sich an junge GemeinderätInnen, die das politische Handwerk grundlegend erlernen wollen.

Die GMOA and more Akademie gliedert sich in 6 verschiedene Module, die innerhalb von 4 Monaten zu absolvieren sind. Die Module finden jeweils an Samstagen in den unterschiedlichsten Teilen des Burgenlandes statt.

Anmeldung bis 15. August 2018
unter
office@sj-burgenland.at
oder
02682 / 775 292

Im Rahmen dieser Module sollen den TeilnehmerInnen sowohl politisches Wissen, als auch die nötigen „Softskills“ für die Arbeit in den Gemeinderäten näher gebracht werden. ReferentInnen, die allesamt als ExpertInnen auf ihrem Gebiet gelten, teilen an 6 Samstagen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den VerantwortungsträgerInnen der Zukunft. Auch der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander soll bei GMOA and more nicht zu kurz kommen.

Die GMOA and more Akademie ist eine Kooperation des GVV Burgenland, dem Renner Institut Burgenland und der Sozialistischen Jugend, die sich dazu entschlossen haben, gemeinsam eine Akademie für junge GemeinderätInnen auf die Beine zu stellen! Ziel dieser Akademie ist es, junge Menschen bei der Entwicklung von fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen.

6 Module

- „Geschichte der Sozialdemokratie“
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Rhetorik
- Wie funktioniert Wirtschaft?
- Gemeindeordnung leicht gemacht!
- Jugendarbeit in den Gemeinden

Dabei wird versucht, immer speziell auf die Wünsche und Anforderungen der JugendkandidatInnen einzugehen.

GMOA and more

Die Akademie
für junge GemeinderätInnen
im Burgenland



Mach auch du mit!

 **Renner** Institut





Seminare Steuerrecht für Kommunalmandatarinnen – Tipps und rechtlicher Background für die Einkommenssteuer: Auch heuer wieder finden Seminare zur Thematik Steuerrecht für kommunale MandatarInnen statt. Für viele Funktionäre ergibt sich durch das Zusammentreffen mehrerer Bezüge im Regelfall eine Nachzahlung an Einkommenssteuer. Umgekehrt investieren viele im Rahmen ihres kommunalpolitischen Engagements Geld und Ressourcen, die bei ihrer Steuererklärung geltend gemacht werden können. Doch welche Regelungen gilt es hierbei zu beachten und wie kann die eigene Steuerleistung minimiert werden? Darauf wird in diesen Seminaren, die im Rahmen der KOPAK vom GVV Burgenland und RI Burgenland organisiert werden, mit Steuerberater Harald Wild eingegangen. Die erste Veranstaltung 2018 dazu fand mit reger Beteiligung in Eisenstadt statt, für die Bezirke Eisenstadt-Umgebung sowie Mattersburg. Bei Bedarf sollen diese Veranstaltungen auch auf andere Bezirke ausgeweitet werden.

Foto: GVV Burgenland

Befragung zum Thema Asyl

Das Institut SORA führte im Auftrag der Allianz „Menschen.Würde.Österreich“ unter der Leitung von Dr. Christian Konrad eine Befragung unter Österreichs BürgermeisterInnen durch.

Ziel der Studie ist es, die Herausforderungen und Handlungsfelder in der Versorgung und Unterbringung geflüchteter Menschen in den Gemeinden zu erheben.

Der GVV Burgenland unterstützt die Befragung.

Von besonderer Bedeutung bei der Befragung war:

- Wie kann die Situation verbessert werden?
- In welchen Bereichen benötigt Ihre Gemeinde Unterstützung
- Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Über das Ergebnis der Befragung will die Allianz „Menschen.Würde.Österreich“ in den nächsten Wochen informieren.

Neuwahlen im September in zwei burgenländischen Gemeinden!

In zwei burgenländischen Gemeinden muss neu gewählt werden. In Deutschkreutz werden im September der Gemeinderat und der Bürgermeister neu gewählt. In Grafenschachen muss nach dem tragischen Tod von Bürgermeister Richard Loidl der Ortschef neu gewählt werden.



In Deutschkreutz muss, wie aus den Medien bekannt, nach Anfechtung der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2017 durch die ÖVP die Wahl wiederholt werden. Die erhobenen Vorwürfe wurden von der Landeswahlbehörde bestätigt. Insgesamt wurde bei 70 Stimmzetteln hohe Wahrscheinlichkeit von Manipulation festgestellt, daher wurde das Ergebnis der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in Deutschkreutz auf-

gehoben.

Gestützt wird die Aufhebung zum einen durch das Vorliegen eines graphologischen Gutachtens, sowie auf Grund der Aktenlage festgestellten Rechtswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Briefwahl sowie auf Zeugenbefragungen, die von der Landespolizeidirektion im Auftrag der Staatsanwaltschaft Eisenstadt bzw. durch die von der Landeswahlbehörde ermächtigten Personen durchgeführt wurden“, so die Landeswahlbehörde.

Anfang September wird daher in der mittelburgenländischen Rotweingemeinde nochmals gewählt und zwar unter den Rahmenbedingungen der letzten Wahl im Oktober 2017, d.h. alle Wahlberechtigten bleiben gleich und auch die Kandidatinnen und Kandidaten der letzten, aufgehobenen Wahl bleiben dieselben. Dadurch wird, mit hoher Wahrscheinlichkeit, auch Manfred Köllly wieder antreten.

Bei der aufgehobenen Wahl erreichte er bei der Bürgermeisterwahl knapp 60% und der

SPÖ Kandidat 23%. Bei der Gemeinderatswahl erreichte die LBL knapp 43%, die SPÖ knapp 28%.



In Grafenschachen im Bezirk Oberwart muss aufgrund des tragischen Todes von SPÖ Bürgermeister Richard Loidl neu gewählt werden. Hier wird nur die Bürgermeisterwahl durchgeführt. Der Termin dafür wird aller Voraussicht nach Ende September/Anfang Oktober sein. Der Gemeinderat bleibt in der Zusammensetzung der Wahl von 2017. Loidl erreichte bei der Wahl 2017 knapp 83% als Bürgermeisterkandidat und die SPÖ kam auf 78%. Derzeit führt der SPÖ Vizebürgermeister die Amtsgeschäfte bis zur Nachwahl.

Veranstaltungen

Österreichischer Gemeindetag in Dornbirn

Von 27.-28. September 2018 findet in Dornbirn der Österreichische Gemeindetag statt.

Anmeldung unter <https://gemeindebund.at/gt-anmeldung/>



Kommunale Sommergespräche in Bad Aussee

Von 18.-20. Juli 2018 lädt der Gemeindebund zu den „Kommunalen Sommergesprächen“ ins Kurhaus Bad Aussee. Das Thema der Sommergespräche: „Aktives Altern. Kommunale Herausforderung und Chance.“

Anmeldung und Kosten unter <https://gemeindebund.at/ksg-anmeldung/>

Nähere Informationen unter <https://gemeindebund.at/sommergespraeche/>



Familienreferentin Landesrätin Verena Dunst und Bürgermeisterin LAbg. Ingrid Salamon mit VS-Direktorin Rafaela Strauß, Tanja Lorenz, Leiterin Nachmittagsbetreuung an der VS Mattersburg, und Kinder der VS Mattersburg

Ferienbetreuung: Förderangebot für Gemeinden wird 2018 fortgesetzt

Das 2014 gestartete Förderangebot für Gemeinden, Vereine oder Organisationen, die eine Ferienbetreuung für Kinder anbieten, wird heuer fortgeführt, kündigte Familienlandesrätin Verena Dunst an.

Die im Juni 2014 beschlossene Betreuungsrichtlinie sieht die Förderung von Gemeinden, Vereinen oder Organisationen durch das Land vor, die eine Ferienbetreuung im Burgenland anbieten. Die Förderung beträgt höchstens 350 Euro pro vier Tage und höchstens 450 Euro bei einer gemeindeübergreifenden Ferienaktion. Die Betreuung von Kindern findet im Burgenland entweder in den Sommerferien, in den Weihnachtsferien, Herbstferien, in den Semester- oder in den Osterferien statt. Förderungen werden auch heuer wieder an Gemeinden und Vereine ausbezahlt.

Der im Jahr 2015 erstmals durchgeführte Wettbewerb „Burgenlands beste Ferien-

betreuung“ wird 2018 fortgesetzt. Er läuft bis zum Ende der Sommerferien. Bis einschließlich 09.09.2018 kann die beste Ferienbetreuungsaktion nominiert werden.

Ferienbetreuung

Jährlich beantragen rund 60 Gemeinden und Vereine Ferienbetreuungsförderung.

Bei der Antragstellung hilft das Familienreferat: 057/600/2523 oder www.familienland-bgld.at.

Auf der Familienland Burgenland-Homepage sind auch alle Ferienbetreuungsaktionen im Burgenland, derzeit 67, aufgelistet.

2. GR-Konferenz der SPÖ Bezirk Mattersburg

Mitte März lud Landtagspräsident und SPÖ Mattersburg Bezirksvorsitzender Christian Illedits die Kommunalmandatarinnen und Mandatare seines Bezirks nach Schattendorf zur GemeinderätInnenkonferenz.

Mehr als 150 Gäste folgten der Einladung. Im Rahmen der Veranstaltung stellten sich auch die wichtigsten Nebenorganisationen wie Volkshilfe, Pensionistenverband, ASKÖ, FSG, Städtebund Burgenland sowie

der GVV als größte kommunale Interessensvertretung mit eigenen Ständen und Infomaterial vor. Der erst kürzlich wiedergewählte GVV Präsident Erich Trummer wies in seinem kurzen Referat auf den Leistungsumfang des GVV für die Kommunen und die Funktionärinnen und Funktionäre hin. Höhepunkt der Veranstaltung war eine Referat des neuen Finanzlandesrates Mag. Hans-Peter Doskozil, der zu aktuellen Themen Stellung nahm. Nach dem offiziellen Teil gab es für die zahlreich erschienenen



GVV Präsident Erich Trummer und Städtebund Obfrau LAbg. KO Ingrid Salamon

Funktionäre noch ein Meet and Greet.

EuGH prüft: Örtliche Raumplanung gegen Dienstleistungsfreiheit

Der Europäische Gerichtshof befasste sich mit der Frage, ob die örtliche Raumplanung die Dienstleistungsfreiheit im Sinne der EU-Dienstleistungsrichtlinie einschränken darf. Grund des Verfahrens war ein beanstandeter Bauleitplan der niederländischen Gemeinde Appingedam.

Die niederländische Gemeinde Appingedam legte in ihrem Bauleitplan fest, dass sich in einem Gewerbegebiet am Stadtrand ausschließlich Einzelhandelsunternehmen für große und sperrige Güter ansiedeln dürfen. Der übrige Einzelhandel sollte Flächen im Stadtzentrum und in einem bereits bestehenden Einkaufszentrum nutzen. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass die Lebensqualität im Stadtzentrum gefördert und Leerstände vermieden werden sollten.

Gegen diesen Bauleitplan klagte ein Unternehmen, das im betreffenden Gewerbegebiet Kleidung und Schuhe verkaufen wollte. Zur Begründung wurde die EU-Dienstleistungsrichtlinie herangezogen.

Bauleitplan an Bedingungen geknüpft

Der EuGH kam in seinem Urteil zum Schluss, dass ein örtlicher Bauleitplan der Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit entgegenstehen kann. Eine solche territoriale Beschränkung ist jedoch nur möglich, wenn sie die in Art. 15 Abs. 3 Dienstleistungs-Richtlinie genannten Bedingungen der Nicht-Diskri-

minierung erfüllt. Grundsätzlich kann der Schutz der städtischen Umwelt ein zwingender Grund des Allgemeininteresses sein, der eine territoriale Beschränkung von Dienstleistungstätigkeiten zu rechtfertigen vermag.

Erstgericht muss in der Sache entscheiden

Der EuGH verwies das Verfahren zur Prüfung der Frage, ob die Bestimmungen des Bauleitplans nicht-diskriminierend und verhältnismäßig sind zurück an das niederländische Erstgericht, das nun in der Sache entscheiden muss.

Für die örtliche Raumplanung bedeutet dies, dass selbst bei grundsätzlich positivem Tenor des EuGH vermehrt auf eine gute, nicht-diskriminierende Begründung von Beschlüssen auch in der örtlichen Raumplanung zu achten sein wird.

Österreichisches Projekt „GUUTE“ best practice-Beispiel

Im Zusammenhang mit diesem Urteil ist auch die Mitteilung der EU-Kommission über den europäischen Einzelhandel zu sehen. Darin werden Initiativen und Möglichkeiten zur Stärkung des Einzelhandels aufgezeigt, jedoch auch die Belebung von Innenstädten sowie das Spannungsverhältnis zwischen Niederlassungsfreiheit und Raumplanung thematisiert. Ein Leitfaden gibt Einblick in bestehende best practices, darunter auch das österreichische Projekt GUUTE.

Interrail-Ticket für junge EuropäerInnen

15.000 junge EuropäerInnen und Europäer können sich seit 12. Juni um ein gefördertes Interrail-Ticket für die Sommermonate bewerben.

Das im Mai von der EU-Kommission vorgestellte Pilotprojekt DiscoverEU ist 2018 mit einem Budget von 12 Mio. Euro dotiert und soll 30.000 Interrail-Tickets für 18-jährige Europäer fördern. Interessierte können sich seit 12. Juni bewerben, wenn

sie im Zeitraum zwischen 9. Juli und 30. September mindestens ein und höchstens vier europäische Länder bereisen und dabei DiscoverEU-Botschafter sein wollen.

Die formelle Anmeldung wird durch ein Fragequiz zum europäischen Jahr des kulturellen Erbes ergänzt.

Nähere Informationen finden sich unter: https://europa.eu/youth/discovereu_en



Freiwillige Feuerwehr: Bereitschaft kann Arbeitszeit sein

Vorab fixierte Bereitschaftszeiten freiwilliger Feuerwehrleute können als Arbeitszeit gelten, wenn der Arbeitnehmer innerhalb kürzester Zeit für den Einsatz zur Verfügung stehen muss. Zu diesem Erkenntnis kam der EuGH. Zugrunde liegt dem Urteil die Klage eines freiwilligen Feuerwehrmanns gegen die belgische Gemeinde Nivelles. Die Feuerwehr der Stadt Nivelles besteht aus einer von Freiwilligen unterstützten Berufsfeuerwehr. Die freiwilligen Feuerwehrleute unterliegen einem zu Jahresbeginn festgelegten Dienstplan, der ihre potenziellen Einsatzzeiten regelt und sie verpflichtet, während dieser Zeitspanne binnen acht Minuten im Rüsthaus erscheinen zu können. Für Einsätze erhalten die freiwilligen Feuerwehrleute eine Entschädigung, für Bereitschaftszeiten eine jährliche Pauschale. Ein Feuerwehrmann klagte gegen diese Bestimmung, da er sich aufgrund der Acht-Minutenregel nicht frei bewegen oder einer anderen Tätigkeit nachgehen könne, weshalb die Bereitschaftszeit als Arbeitszeit zu werten sei. Der Arbeitsgerichtshof in Brüssel befragte den EuGH um zu klären, ob Artikel 2 der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG dahingehend auszulegen sei, dass zu Hause geleistete Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit einzuordnen ist, wenn der Arbeitnehmer innerhalb kürzester Zeit für den Dienst zur Verfügung stehen muss. Der EuGH bejahte diese Frage. Für das österreichische Freiwilligenwesen wird dieses Urteil den noch geringe Auswirkungen haben, da die Organisation der freiwilligen Feuerwehr anderen Voraussetzungen unterliegt als im beschriebenen Fall.



GVV Reise 2018 nach Italien: Mit 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern brach die GVV Reisegruppe unter der Führung von Präsident Erich Trummer Ende Mai nach Italien auf. Von 31.5. bis 3.6. besuchte die Gruppe, die aus burgenländischen Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern bestand, die Region rund um Turin und Mailand, das sogenannte Piemont! Das Piemont ist eine Region der Gegensätze und genau darin liegen die Reize, die hier geboten wurden: gigantische Bergmassive der Alpen, reizvolle Seen, burgengekrönte Hügel der Langhe und des Monferrato und die Weite der Po-Ebene. Turin, die antike Hauptstadt von Piemont, ist eine moderne und dynamische Stadt mit über 2000 Jahren Geschichte und bietet für Kulturfreunde einiges an Museen, Kirchen und anderen architektonischen Bauten. Mailand wiederum ist das wirtschaftliche Zentrum Norditaliens, Sitz zahlreicher Banken und großer Industrieunternehmen. Auch 2019 ist eine GVV Reise geplant.

Foto GVV Burgenland



GVV Burgenland gratuliert Helmut Bieler zum neuen PV-Präsidenten

Bei der Ende Mai abgehaltenen Landeskonferenz des Pensionistenverbandes Burgenland wurde der erst kürzlich aus der Landesregierung ausgeschiedene Landesrat Helmut Bieler mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landespräsidenten gewählt. Er folgt Hans Grillenberger, der 17 Jahre lang die Geschicke des Pensionistenverbandes Burgenland geleitet hat.

Vor rund 250 Delegierten und Gästen überreichte Landeshauptmann Niessl Hans Grillenberger das Goldene Verdienstzeichen des Landes Burgenland und Landesrat Hans Peter Doskozil im Namen der SPÖ die höchste Auszeichnung der Partei, die Victor Adler-Plakette. Auch der GVV Burgenland gratuliert Helmut Bieler dazu herzlich und bedankt sich bei PV-Präsident a.D. Johann Grillenberger für die bisherige gute Zusammenarbeit.

Im Bild: Dr. Peter Kostelka, LRin Mag. Astrid Eisenkopf, Präs. AD Hans Grillenberger, LH Hans Niessl, LRin Verena Dunst, LR Mag. Hans Peter Doskozil, Präs. Helmut Bieler

Foto: SPÖ Burgenland

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M